

Ohne Anerkennung der Rechte der Palästinenser wird es für Israel keine dauerhafte Sicherheit geben.

Internationaler Schutz der palästinensischen Bevölkerung ist dringend geboten. Europa und die ganze Weltgemeinschaft muss sich dafür stark machen und **alle verfügbaren Druckmittel** nutzen.

Aus der historischen Verantwortung Deutschlands für das einzigartige Menschheitsverbrechen der Shoah ergibt sich die Verpflichtung, sich **für Menschenrechte und das Völkerrecht einzusetzen, wo immer und von wem immer** sie missachtet werden.

Die **deutsche Regierung** muss sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln einsetzen für

- ▶ **Stopp der Waffenlieferungen an Israel**
- ▶ **dauerhaften Waffenstillstand, Aufhebung der Blockade von Gaza, Stopp der Siedler in Westjordanland**
- ▶ **Freilassung der Geiseln und Gefangenen**
- ▶ **Einhaltung der UN-Resolutionen und der Beschlüsse des Internationalen Gerichtshofs durch Israel**
- ▶ **Aussetzung des Freihandelsabkommen EU-Israel**
- ▶ **Anerkennung des Staates Palästina**

Und für alle – für Politik, für Behörden, für jeden einzelnen gilt als absolute Verpflichtung:

- ▶ **Keine Diskriminierung von Palästinenserinnen und Palästinensern, Jüdinnen und Juden**

Mehr Informationen: www.sand-im-getriebe.org/artikel/thema-israel-palastina

Die Attac-Regionalgruppe Kassel trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat um 19.30 Uhr im Kulturzentrum Schlachthof, Mombachstr. 10, 1. Stock, Raum 10.1.3 - Interessierte sind herzlich willkommen !



attac
Regionalgruppe
Kassel

V.i.S.d.P.: Attac-Regionalgruppe Kassel / www.attac-netzwerk.de/kassel



Attac *im Kasseler Friedensbündnis*

6. Juni 2025

Israelischer Vernichtungskrieg – Deutschland ist mitverantwortlich

„ ... Gaza ist kein Ort mehr. Es ist ein Experiment, eine Frage, die der Menschheit gestellt wird: Wie lange kann man eine Bevölkerung bombardieren, aushungern und vertreiben, bis sie aufhört zu existieren?“

Der Arzt Ezzideen Shehab aus Gaza, April 2025

Inzwischen dämmert es auch einem Bundeskanzler Merz, dass es riskant wird, die israelische Regierung bei ihrem verbrecherischen Feldzug gegen die palästinensische Bevölkerung weiterhin vorbehaltlos zu unterstützen. Deutschland hat deshalb international enorm an Glaubwürdigkeit verloren. Und im Raum steht eine **Anklage gegen Deutschland beim Internationalen Gerichtshof wegen Beihilfe zum Völkermord.** (<https://www.icj-cij.org/case/193>)

Als Antwort der israelischen Regierung auf das Massaker vom 7. Oktober sind inzwischen in Gaza über **54.000 Menschen** durch die israelischen Militäraktionen getötet worden – 70 Prozent davon Frauen und Kinder. Hinzu kommen weitere **ungezählte und unzählbare** Opfer; denn es gibt viele Arten zu töten und Israel nutzt die **Waffe der Blockade**: Nahrungsmittel, Wasser, Treibstoff

für Generatoren, Medikamente und vieles mehr sollen die Menschen nicht erreichen. (Quellen: www.ochaopt.org/updates)

Krankenhäuser und Schulen wurden großteils zerstört, ebenso 90 Prozent der Wohnhäuser und 70 Prozent der Anbauflächen für Nahrungsmittel – alles „zur **Verteidigung Israels**“.

Der **Internationale Gerichtshof** in Den Haag hat im Fall der Klage Südafrikas entschieden, es sei **nicht auszuschließen, dass Israel in Gaza Handlungen des Völkermords begehe**. Der Internationale **Strafgerichtshof** hat **Haftbefehl** gegen Israels Präsident Netanyahu – sowie gegen Anführer der Hamas - wegen Kriegsverbrechen erlassen.

Im Juli 2024 hat der **Internationale Gerichtshof** die andauernde **Besetzung des Westjordanlandes als klar völkerrechtswidrig** erklärt und Israel aufgefordert, die besetzten Gebiete zu verlassen. **Kein UN-Mitgliedsstaat dürfe Israel bei der Aufrechterhaltung der Besatzung helfen** und auch **keine Handels- und Investitionsbeziehungen** eingehen, die der Aufrechterhaltung der Besatzung dienen.

Davon unbeeindruckt treibt die Netanjahu-Regierung den **Siedlungsbau** im Westjordanland massiv voran. Kriminelle Siedler eignen sich palästinensischen Grund und Boden immer brutaler gewaltsam an. Minister Smotrich ließ verkünden, man wolle noch in diesem Jahr „Souveränität“ über das Westjordanland ausüben und so die „**Gefahr**“ eines **palästinensischen Staates** beseitigen.

Immer deutlicher wird das Ziel: die Schaffung eines **Groß-Israels ohne Palästinenser** „**From the river to the sea**“ oder gar **von Bagdad bis Kairo**. Zu dieser Strategie gehört Bombardierung und teilweise Besetzung **Libanons**, Bombardierung **Syriens** und Besetzung der Golan-Höhen.

Die massive Bodenoffensive in Gaza, begleitet von schweren Luftangriffen, und die Totalblockade von Hilfslieferungen zielen

darauf, das **Leben für die Palästinenser unmöglich** zu machen. Die Armee hat zwei Drittel des abgeriegelten Küstengebiets zur Sperrzone erklärt. Die Menschen werden in immer kleinere **Reservate** getrieben; die aktuelle ‘Schutzzone’ hat die **Fläche der Stadt Kassel**. Die von der Armee kontrollierte **Essensausgabe** wird für Ausgehungerten zu einem **tödlichen Risiko**.

Israel werde „**ganz Gaza einnehmen**“, erklärte Netanyahu. Die Siedler stehen Gewehr bei Fuß, den Gazastreifen zu übernehmen. **Endgültige Vertreibung** ist der Plan: Die noch lebenden Palästinenser sollen zu „**freiwilliger Ausreise**“ bewegt werden. Doch wohin? Bislang möchte kein Land Mittäter bei einer ethnischen Säuberung werden.

Mit der Gründung des Staates Israel 1948 begannen für die palästinensische Bevölkerung 76 Jahre der Vertreibung und Entrechtung, 56 Jahre Besetzung und 16 Jahre Blockade des Gazastreifens.

Die **bedingungslose Unterstützung Israels durch die Regierungen der USA und auch Deutschlands** hat die israelische Regierung geradezu ermuntert, diese Politik **fortzusetzen**.

Mit ihrem brutalen Krieg gegen das palästinensische Volk und ihrer völligen Missachtung des Völkerrechts **isoliert sich** Israel innerhalb der Staatengemeinschaft immer mehr und gefährdet damit **auch** Jüdinnen und Juden weltweit.

Die EU äußert sich nun entsetzt über den Völkermord, doch es bleibt bei Worten: Sie verhängt **keine Sanktionen gegen Israel**, hält ihre **Geschäftsbeziehungen aufrecht** und kommt dem Urteil des Den Haager Gerichtshofs **nicht** nach. Kein europäisches Land hält sich daran.

Politisch, militärisch und rechtlich unterstützt Deutschland bislang einen mutmaßlichen Völkermord, stoppt weder seine Waffenlieferungen noch verlangt es ein Ende der Besatzung.